

FAZ: „Wir werden afrikanischer“



Wer mit offenen Augen durch Großstädte wie Frankfurt geht, kann keinen Zweifel haben, dass das, was manche mit dem gifthaltigen Begriff „Umvolkung“ oder andere vorsichtiger als Bevölkerungsaustausch benennen, längst im Gange ist. Es ist deshalb verlogen, diejenigen in die Schmuddel-Ecke angeblicher rechter „Verschwörungstheoretiker“ stellen zu wollen, die lediglich sinnlich erfahrbare Realitäten begrifflich charakterisieren. Nach dem FAZ-Leitartikel in der Ausgabe vom 11. Oktober 2016 mit der aufschlussreichen Überschrift „Wir werden afrikanischer“ ist es für die Leugner der epochalen Entwicklung noch schwieriger, ja geradezu aussichtslos geworden, die Mär von den bösen „Verschwörungstheoretikern“ zu verbreiten.

(Anmerkungen zur politischen Ökonomie der „Umvolkung“ von Wolfgang Hübner)

Denn was schreibt der FAZ-Afrikakorrespondent Thomas Scheen, passend zur derzeitigen Afrika-Tour der Bundeskanzlerin, in dem Leitartikel der einflussreichsten deutschen Zeitung? Er beginnt gleich mal mit einer bedrohlichen Zahl, nämlich den 50 Millionen Afrikanern, die demnächst nach Europa strömen wollen oder sollen. Keiner weiß es so genau, auch der Journalist Scheen weiß es nicht, ob es vielleicht doch „nur“ 45 oder gar 150 Millionen sein werden. Aber eines weiß der Korrespondent:

Europa und insbesondere Deutschland haben mit der Ankunft von mehr als einer Million Flüchtlinge im vergangenen Jahr lediglich den Anfang einer Bewegung gesehen, die umwälzende demographische politische und wirtschaftliche Folgen haben wird.

Nach einigen durchaus kenntnisreichen Ausführungen über die Probleme des schwarzen Kontinents kommt Scheen am Ende seines Textes zu folgendem Fazit:

Dass es Europa gelingen wird, den Flüchtlingsstrom aus Afrika zu stoppen, ist gleichwohl eine Illusion. Dafür sind die Probleme auf dem Kontinent zu groß, das Bewusstsein darum zu gering und die Zeit einfach zu knapp. Wir werden damit leben müssen, dass unsere Welt auf absehbare Zeit deutlich afrikanischer geprägt sein wird.

Das ist, wie will man es anders nennen, eine vorsorgliche Kapitulationserklärung. Denn ein Europa, das kampflos bereit wäre, den riesigen Bevölkerungsüberschuss Afrikas (sowie auch des islamischen Lebenskreises) aufzunehmen, hätte mit dem Europa, das wir kennen und lieben, nichts mehr zu tun.

Nun muss man wissen, dass unsere gesamte selbsternannte „Elite“ in Politik und Medien nur zu gerne Europa sagt, wenn sie Deutschland meint. Denn niemals werden die meisten Staaten Europas freiwillig zu einer bevölkerungspolitischen Selbstaufgabe bereit sein, zu der aber spätestens seit dem September 2015 die derzeit Regierenden in Berlin samt ihren wirtschaftlichen Hintermännern und publizistischen Stichwortgebern offen neigen. Kurzum: Die ehemals konservative, noch immer unbeirrt kapitalliberale FAZ will darauf einstimmen, dass die Massenmigration kulturfremder Menschen keine verhängnisvolle Invasion ist, sondern ein schicksalhaftes Geschehen, dem sich die verbliebenen Bio-Deutschen gefälligst auf Gedeih und Verderb auszuliefern haben.

Die kapitalliberalen Freihandelsfreunde und das gesamte grünlinke Spektrum sind sich in einer entscheidenden Frage weitgehend einig: Wer dieser Entwicklung Widerstand leistet oder leisten will, der gerät unter Rassismusverdacht, also derzeit der brauchbarste Anlass für eine erfolgversprechende

politische Ausgrenzung samt gesellschaftlicher Ächtung. Tatsächlich äußert sich der Widerwille im Volk gegen den sich vollziehenden Bevölkerungsaustausch auch oft in instinktiv-emotionalen Vorbehalten gegenüber einer wachsenden Zahl von dunkel- und schwarzhäutigen Menschen in Deutschland. Diese Instinkte und Vorbehalte können von den „Umvolkern“ leicht als „Rassismus“ denunziert werden.

Es ist deshalb unbedingt notwendig zu klären, was die „Eliten“ zumindest in Teilen Westeuropas, insbesondere aber in unserem deutschen Herzland des Kontinents, dazu bewegt, die Masseneinwanderung aus Afrika und dem Orient nicht nur hinzunehmen, sondern sogar zu propagieren. Es wäre zu schlicht und oberflächlich, die Motive dieser „Eliten“ lediglich als Verrat am eigenen Volk oder als Konsequenz eines vollständig irregeleiteten Gutmenschentums ökonomisch saturierter Oberschichten zu charakterisieren. Beides mag seine Bedeutung haben, dazu kommt als bundesdeutsche Spezialität „eine von außen als unheimlich wahrgenommene nationale Konsenskultur, die die konformistische Hinnahme auch erstaunlicher Behauptungen kollektiv obligatorisch macht“ (Wolfgang Streeck).

Aber gerade diese „nationale Konsenskultur“ hat einen scheinrationalen Kern, der politökonomisch eine nähere Betrachtung lohnt. Denn es ist ein unausgesprochener, aber hochwirksamer Konsens innerhalb der deutschen „Elite“, dass sich alle Interessen unseres Landes dem Export der gigantischen Überschussproduktion der leistungsstarken einheimischen Industrie unterzuordnen haben. Wegen der Lesbarkeit dieses Textes verzichte ich zwar weitgehend auf offizielle Zahlen und Statistiken, die meine Ausführungen belegen. Doch einige Fakten sind zu eindeutig, um sie unerwähnt zu lassen. So hat Deutschland im ersten Halbjahr 2016 einen Leistungsbilanzüberschuss von rund 164 Milliarden Dollar erzielt – nicht viel weniger als die führenden Exportnationen China und Japan zusammen!

Zwischen 1999 und 2014 konnte die Exportquote Deutschlands von 26 auf 45 Prozent des Sozialprodukts gesteigert werden, verbunden mit einer gewaltigen Steigerung des Netto-Auslandsvermögens von Unternehmen und Personen. Warum diese Erfolgswahlen sich bei der Masse der Deutschen nicht bei deren Gehältern und Konten positiv bemerkbar machen, erklärte der ehemalige Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, jüngst so: „Die Bundesbank leiht dem Eurosystem rund 660 Milliarden Euro zinslos im Rahmen des Interbankensystems Target 2 zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten anderer Euromitgliedsländer. Und die Bundesregierung hat sich mit 113 Milliarden Euro an der Finanzierung von Finanzhilfen für die Krisenländer zu Vorzugszinsen beteiligt.“

Der junge Publizist Dimitrios Kisoudis hat folglich die deutsche Situation pointiert so beschrieben: „Freie Marktwirtschaft bedeutet in Europa, dass deutsche Steuerzahler anderen Ländern Geld für den Kauf deutscher Produkte geben“. Um solchermaßen exportfähig gegen internationale Konkurrenz zu bleiben, muss die gesamte Gesellschaft darauf ausgerichtet werden. Auch deshalb ist Deutschland das Land der Überstunden, der Billiglöhne, des massenhaften Burnouts und jenes Hartz IV-Systems des Sozialabbaus geworden, das dem Rest Europas auf je eigene Weise zu übernehmen von Berlin aus anempfohlen wird. Die in Deutschland politisch und medial auffallend geschürte Wut über den „Brexit“ ist die Wut darüber, dass ein großer europäischer Staat mit langer demokratischer Tradition und weltweitem Einfluss neben anderen wichtigen Motiven nicht länger bereit ist, sich der faktischen deutschen Dominanz zu unterwerfen.

Um diese Dominanz auszuüben und auszubauen, braucht der Exportweltmeister Deutschland einerseits hochqualifizierte, möglichst jedoch nicht zu teure Arbeitskräfte für seine zahlreichen Weltmarktführer in den verschiedensten Bereichen. Andererseits werden vor allem für Dienstleistungen und einfache Tätigkeiten maximal billige Arbeitskräfte benötigt.

Denn es ist, da hat Karl Marx nun einmal Recht, der Preis der Ware Arbeitskraft, von dem es wesentlich abhängt, welchen Preis ein Produkt hat und welcher Gewinn sich damit realisieren lässt. Der internationale Markt für hochqualifizierte Arbeitskräfte, die in Deutschland ohne langen Anlauf (Sprache!) eingesetzt werden können, ist allerdings sehr beschränkt.

Und die inländische Herausbildung von Ingenieuren, IT-Spezialisten, Facharbeitern und fähigen Handwerkern wird noch erschwert durch das Massenabitur, das junge Menschen in Studiengänge lockt, die viele von ihnen abbrechen oder mit Abschlüssen beenden, mit denen sich beruflich wenig oder gar nichts anfangen lässt. Die ideologielastige deutsche Bildungspolitik hat für dieses Problem bislang keinerlei Lösung außer der Reaktivierung von Rentnern und Pensionären gefunden. Die 2015 ins Land geströmten „Flüchtlinge“ jedenfalls, das haben inzwischen selbst die merkeltreuen Spitzenfunktionäre der Wirtschaftsverbände zugestehen müssen, sind in aller Regel völlig ungeeignet, diesen zum Teil ohnehin nur behaupteten Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften auch nur zu mildern. Das wäre aber durchaus möglich, wenn der einheimische Nachwuchs besser gefördert und bezahlt würde.

Weit erfreulicher aus Sicht der Wirtschaft ist die Lage auf dem Markt der billigen Arbeitskräfte für einfache Dienstleistungen und wenig oder unqualifizierte Tätigkeiten. Es ist das Personal dieses Arbeitsmarktes, das Deutschland „bunt“ und immer „bunter“ macht. Ob in der Gastronomie, Hotelgewerbe, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Bauwesen, Post, Sicherheitsdiensten und vieles mehr – ohne billige und willige Lohnkräfte aus dem Osten wie Süden Europas und der Welt würde die deutsche Arbeits- und Exportmaschine nicht mehr „rund“ laufen. Mit den „Flüchtlingen“ existiert nun ein schier unerschöpfliches Reservoir an potentiellen oder schon verwertbaren Billigkräften. Ob die aus kulturnahen oder kulturfremden Regionen kommen, hat zwar große Bedeutung und

noch unbekannt, höchstwahrscheinlich aber dramatische Konsequenzen für die deutsche Gesellschaft, ist aber den profitierenden Nutzern dieser Billigkräfte erst einmal egal. Den sogenannten „Entscheidern“ in der Wirtschaft ist es auch gleichgültig, dass viele der neuen Einwanderer nicht einmal für den Billiglohnsektor zu gebrauchen sind und somit von den kleinen und mittleren Steuerzahlern durchgefüttert werden müssen. Sie fischen sich einfach die brauchbaren Exemplare zur Verwertung heraus. Um den „Beifang“ soll und muss sich der Staat kümmern.

Für den Sozialstaat Deutschland wird das auf jeden Fall negative Folgen haben. Denn spätestens wenn sich die derzeitige schuldengetriebenen Konjunktur abschwächt, sie in einer Rezession oder gar Krise mündet, dürften die gigantischen, immer weiter steigenden Sozialkosten stark gedeckelt und gekürzt, die Steuern und Sozialbeiträge für die Masse der Arbeitnehmer jedoch erhöht werden. Es ist jedenfalls unwahrscheinlich, dass in diesem Fall alternativ die zahlreichen deutschen Milliardäre und Multimillionäre zur Kasse gebeten werden. Die politische „Elite“ ahnt oder weiß längst, welche Probleme schon in nächster Zukunft auf Deutschland zukommen werden. Da es keinen Sozialstaat ohne Nationalstaat geben kann und wird, ist keine europäische „Elite“ so sehr daran interessiert, den Nationalstaat faktisch preiszugeben und in der Europäischen Union verschwinden zu lassen, wie unsere „Elite“ in Politik und Wirtschaft.

Die derzeitige deutsche Politik wird also von der Interessenlage des Exportsektors von Industrie und Handel sowie der Finanz- und Wohlfahrtsindustrie bestimmt, letztere ist ja auch ein bedeutender Profiteur der Masseneinwanderung. Doch wer immer sich von dieser wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Vorteile verspricht, handelt kurzsichtig und die Zukunft Deutschlands schädigend. Das hatte nur einen Tag vor dem zitierten Afrika-Leitartikel, übrigens ebenfalls in der FAZ, der Tübinger Soziologe Dr. Hannes Weber

in dem lesenswerten ganzseitigen Artikel „Demographie als Problem – und als Lösung“ überzeugend dargestellt.

Weber zitiert das beliebte Mantra: „Durch Einwanderung kann der demographische Wandel bewältigt werden“ und schreibt dazu:

Aber auch ohne Berücksichtigung von Sprach- und Qualifikationshürden, die zu geringerer tatsächlicher Erwerbsbeteiligung führen können und hohe Integrationskosten nach sich ziehen, wird bei einer solchen Betrachtung oft ausgeblendet, dass der rein demographische Effekt der Einwanderung auf den Anteil erwerbsfähiger Personen an der Gesamtgesellschaft eher gering ist. Das liegt zum einen daran, dass auch Personen in nichterwerbsfähigem Alter einwandern. Aus zusätzlich Erwerbsfähigen werden außerdem später auch zusätzliche Rentner, wodurch in Zukunft noch mehr Einwanderer benötigt würden, um diesen Anstieg auszugleichen.

Der Soziologe Weber wirft noch ein Schlaglicht auf einen ökologischen Aspekt, den gerade die grünen Freunde der Masseneinwanderung nur zu gerne verdrängen oder verschweigen:

Selbst in dem weniger plausiblen Szenario, in dem die Einwanderung auf das Niveau der 2000er Jahre zurückgeht und die Bevölkerung bis Mitte des Jahrhunderts tatsächlich um einige Millionen schrumpft, wäre Deutschland immer noch eines der am dichtesten besiedelten Länder der EU. Und selbst dann würden beispielsweise Lkw- und Pkw-Verkehr oder der Bedarf an Wohnraum weiter zunehmen. Wenn man das momentane Verkehrsaufkommen oder den momentanen Wohnraumbedarf auch nur konstant halten möchte, müsste die Bevölkerung also zurückgehen. Und auch Versuche, Energiekonsum oder Schadstoffausstoß zu reduzieren, werden durch Bevölkerungswachstum konterkariert. Der ökologische Fußabdruck Deutschlands, also die Fläche, die benötigt wird, um die von den Deutschen konsumierten Güter wie Nahrung oder Energie zu produzieren, übersteigt deutlich die Landesfläche.

Auch zur Verwirklichung eines nachhaltigen Lebensstils, der nicht auf Kosten der Natur in anderen Erdteilen geht, wäre ein Rückgang der Bevölkerungsdichte zuträglich.

Wer anderes behauptet oder will, hat dafür Gründe, aber keine guten. Deutschland braucht keine Masseneinwanderung, weder aus dem muslimischen Lebenskreis noch aus Schwarzafrika. Wer behauptet, Migration sei nicht zu stoppen, ist entweder ein feiger, die gute Zukunft unseres Landes aufs Spiel setzender Kapitulant oder hat handfeste eigene Interessen, die nicht im langfristigen Interesse des deutschen Volkes und dessen Zukunft sind. Es muss deshalb künftig ein noch schärferer, grundsätzlicherer Kampf mit überzeugenden Analysen und Argumenten gegen all diejenigen geführt werden, die Deutschland verantwortungslos noch muslimischer und afrikanischer machen wollen oder das leichtfertig zulassen. Das ist nicht ein Kampf unter anderen, sondern der Kampf um die nationale Weiterexistenz in einem abendländisch geprägten Europa der friedlich kooperierenden Vaterländer.